

Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Heilbronn

Nachtragshaushaltssatzung

des Landkreises Heilbronn für das Haushaltsjahr 2 0 1 8

Auf Grund der §§ 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg i.V.m. §§ 79 und 82 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Kreistag am 23.7.2018 die folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden die voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen wie folgt festgesetzt:

		Bisher fest- gesetzte (Gesamt-) Beträge ¹ EUR	Änderung um (+/-) EUR	Neue festge- setzte (Gesamt-) Beträge ² EUR		
1. Ergebnishaushalt						
1.1	Ordentliche Erträge	357.053.800	+2.643.300	359.697.100		
1.2	Ordentliche Aufwendungen	356.964.000	+1.808.300	358.772.300		
1.3	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	89.800	+835.000	924.800		
1.4	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
1.6	Veranschlagtes Sonderer- gebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	0	0	0		
1.7	Veranschlagtes Gesamter- gebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	89.800	+835.000	924.800		

¹ Bisheriger Ansatz (ohne Übertragungen)

² Fortgeschriebener Ansatz

2. Fin	nanzhaushalt	Bisher fest- gesetzte (Gesamt-) Beträge ³ EUR	Änderung um (+/-) EUR	Neue festge- setzte (Gesamt-) Beträge ⁴ EUR
2.1	Einzahlungen aus laufender	353.975.400	+2.643.300	356.618.700
2.2	Verwaltungstätigkeit Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	335.219.600	+1.808.300	337.027.900
2.3	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2)	18.755.800	+835.000	19.590.800
2.4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.003.700	+495.000	6.498.700
2.5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.016.700	+1.330.000	26.346.700
2.6	Veranschlagter Finanzierungs- mittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-19.013.000	-835.000	-19.848.000
2.7	Veranschlagter Finanzierungs- mittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-257.200	0	-257.200
2.8	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.607.200	0	5.607.200
2.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.350.000	0	5.350.000
2.10	Veranschlagter Finanzierungs- mittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	257.200	0	257.200
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10)	0	0	0

³ Bisheriger Ansatz ⁴ Fortgeschriebener Ansatz

§ 2 Kreditermächtigung

Der festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird nicht verändert.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht verändert.

§ 4 Kassenkredite

Der festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht verändert.

§ 5 Kreisumlage

Der Umlagesatz der Kreisumlage von 30,0 v. H. der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden bleibt unverändert (vgl. § 35 Abs. 1 FAG).

Heilbronn, den 29.08.2018 Piepenburg Landrat

- II. Das Regierungspräsidium Stuttgart bestätigt mit Erlass vom 7.8.2018 gem. § 121 Abs. 2 GemO i.V.m. § 51 Abs. 2 LKrO sowie §§ 82 Abs. 1 und 81 Abs. 2 GemO i.V.m. § 48 LKrO die Gesetzmäßigkeit der vom Kreistag des Landkreises Heilbronn in der am 23.7.2018 (Niederschrift zu Punkt 1 ö) einstimmig beschlossenen Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018. Genehmigungspflichtige Bestandteile sind in der Nachtragshaushaltssatzung 2018 und im Nachtragshaushaltsplan 2018 nicht enthalten.
- III. Der Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2018 liegt gem. § 48 Landkreisordnung i.V.m. §§ 82 und 81 Abs. 3 Gemeindeordnung vom 7.9. bis 18.9.2018 je einschließlich beim Landratsamt Heilbronn, Lerchenstraße 40, Zimmer 266, öffentlich aus.

Hinweis:

Eine Satzung, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Landkreisordnung zustande gekommen ist, gilt 1 Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

- 1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung oder andere Rechtsvorschriften des Landkreises verletzt worden sind,
- der Landrat dem Beschluss nach § 41 Landkreisordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Landkreis unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 dieses Hinweises geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen (§ 3 Abs. 4 Landkreisordnung)

Landratsamt Heilbronn Kämmerei